

Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft · 10873 Berlin

Umweltbundesamt  
Präsidentin  
Frau Maria Krautzberger  
Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau

**Präsident**  
Dr. Michael Frenzel

**Präsidium**  
Jens Bischof  
Birgit Bohle  
Richard Eberhardt  
Norbert Fiebig  
Ernst Fischer  
Dirk Gerdorn  
Sören Hartmann  
Kurt Heinen  
Roland Mack  
Hartmut Mehdorn  
Laurent Picheral  
Robert Salzl  
Ralf Teckentrup

**Stellvertretende  
Präsidiumsmitglieder**  
Richard Bader  
Michael Garvens  
Dr. Christian Göke  
Jens Huwald  
Burkhard Kieker  
Dietrich von Albedyll

**Generalsekretär**  
RA Michael Rabe

7. Juli 2016

## Ihre Forderung nach Verzicht auf und Verteuerung von Reisen

Sehr geehrte Frau Krautzberger,

mit großem Bestürzen und Unverständnis haben wir Ihren Appell vernommen, so weit wie möglich auf (Flug-) Reisen zu verzichten, verbunden mit Ihrer Forderung an die Politik, Flugreisen zu verteuern.

Dem Bürger von offizieller Seite – und als solche wird das Umweltbundesamt in der Öffentlichkeit fraglos wahrgenommen – nahezulegen, wo er seinen Urlaub verbringen darf und wo nicht und dies durch künstlich verteuerte Flüge politisch steuern zu wollen, ist aus unserer Sicht der absolut falsche Weg und auch mit Blick auf den Klimaschutz nicht so zielführend, wie Sie es darstellen.

Natürlich freuen wir uns als Dachverband der Tourismusbranche in Deutschland über Urlauber in Deutschland – dies sollte aber die freie Entscheidung der Menschen sein und nicht durch das Umweltbundesamt ins Rollen gebrachte Bevormundung der Bürger. Eine wichtige Errungenschaft der vergangenen Jahrzehnte war, auch weniger privilegierten Menschen (Flug-) Reisen zu ermöglichen – diese Entwicklung wollen Sie durch eine einseitig begründete Verteuerung wieder rückgängig machen. Denn so würden Sie Reisen zu weiter entfernten Zielen finanziell besser gestellten Bürgern vorbehalten, die sich teurere Reisen leisten können.

Zudem wird Ihre Rechnung, dass verteuerte Flüge in Deutschland zum Klimaschutz beitragen - wenn überhaupt - nur in Teilen aufgehen. Schon die Luftverkehrssteuer hat gezeigt, dass die Bürger weder gewillt sind, auf ihre Reisen zu verzichten, noch neue Steuern oder Abgaben zu zahlen. Sie weichen schlicht auf grenznahe Flughäfen im Ausland aus. So subventionieren Sie mit neuen Zusatzkosten in Deutschland letztlich ausländische Flughäfen und Airlines zulasten der deutschen Luftverkehrs- und Tourismuswirtschaft. Die häufig längere Anreise zum Flughafen kann am Ende sogar zu stärkeren Klimabelastungen führen. Der Luftverkehr befindet sich in einem massiven globalen Wettbewerb – hier nationale Insellösungen zu schaffen, schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, ohne dass dem Klima geholfen wäre.

..2

In diesem Zusammenhang wird häufig ignoriert, dass die Branche intensiv an Lösungen arbeitet, mit denen sich Emissionen reduzieren lassen – und das mit Erfolg. Trotz hoher Wachstumsraten ist der Anteil des weltweiten Luftverkehrs an den CO2-Emissionen zwischen 2000 und 2012 von 2,81 auf 2,42 Prozent gesunken. Die deutschen Fluggesellschaften haben ihren spezifischen Treibstoffverbrauch seit 1990 um 42 Prozent verringert. Auch wird derzeit an einem weltweiten marktbasieren Emissionshandel gearbeitet.

Mit teureren Flügen treffen Sie zudem nicht nur klassische Urlauber und Geschäftsreisende, sondern auch Menschen, die Freunde und Verwandte im Ausland besuchen wollen, Austauschschüler und -studenten und viele mehr. Und Sie treffen die Menschen in den Urlaubsländern. Denn Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in vielen Regionen dieser Welt. Urlaubsströme wie von Ihnen gefordert künstlich umzusteuern oder gar zu stoppen, hätte teils immense Auswirkungen. Allein in den Entwicklungs- und Schwellenländern tragen die Touristen aus Deutschland fast 7 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei und sorgen für fast 740.000 Arbeitsplätze direkt im Tourismus. Darüber hinaus profitieren auch viele andere Branchen von den Touristen: Wenn man die so genannten indirekten und induzierten Effekte mitberücksichtigt, sorgen deutsche Touristen sogar für 1,8 Millionen Arbeitsplätze – das sind Geld und Arbeitsplätze, die verloren gehen, wenn die Menschen Ihrem Rat folgen, ihre Ferien „auf Balkonien oder im Schrebergarten“ zu verbringen.

Und last but not least gilt zweifellos auch: In einer globalen, beileibe nicht konfliktlosen Welt brauchen wir die Begegnung von Menschen, den kulturellen Austausch und die damit einhergehende Völkerverständigung – und zwar nicht allein über Facebook, Twitter und Instagram, sondern vor Ort.

Natürlich wissen wir, dass es Aufgabe des Umweltbundesamts ist, die Umsetzung der Klimaschutzziele zu verfolgen. Dennoch würden wir uns wünschen, dass Sie die oben aufgeführten Aspekte bei künftigen Forderungen nicht außer Acht lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Frenzel  
Präsident



Michael Rabe  
Generalsekretär